

Krisenende und Neuanfang - umdenken ist dringend erforderlich

Ohne grundsätzliches Umdenken ist nach der Krise – bereits wieder vor der Krise.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) geht von der schlimmsten ökonomischen Krise seit der Weltwirtschaftskrise der Zwanziger- und Dreißigerjahre aus. "Wir erwarten die schlimmsten wirtschaftlichen Konsequenzen seit der Großen Depression", sagte IWF-Chefin Kristalina Georgieva. Selbst im besten

Fall dürfte es im kommenden Jahr nur eine "teilweise Erholung" geben - es könnte aber auch schlimmer werden, sagte sie.

Zehn Millionen neue Erwerbslose innerhalb von zwei Wochen

Die USA melden in der Corona-Krise dramatische Arbeitsmarktda-

ten. Wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise rechnen Wirtschaftsexperten damit, dass bis Ende April über 20 Millionen Menschen in den USA ihren Job verloren haben - das wären mehr als doppelt so viele wie während der "Great Depression", der Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren.



Quelle: EPA Florida, USA – tausende Menschen stehen für Arbeitslosenunterstützung an

Auf unsere [info.doc v. 31.03.](#) sind hunderte von Stellungnahmen und auch viele Fragen eingegangen. Die am häufigsten gestellte Frage war:

Warum fahren wir die Wirtschaft nicht einfach hoch?

Die Auffassungen gehen dabei sehr weit auseinander. Sie reichen von schneller Arbeitsaufnahme, wie bei Friedrich Merz mit einer Stop-and-go Strategie über eine Strategie der Balance von Wirtschaft und Gesundheit bis hin zu einem bedächtigen und vorsichtigen Vorgehen, wie bei der Bundeskanzlerin. Noch ist in der Frage Geld oder Leben aber nichts entschieden, weil die

Zeit dafür noch nicht reif ist. Viele Beschäftigte der öffentlichen Hand teilten uns zu unserer Veröffentlichung v. 31.03.2020 mit, dass die von uns geäußerte Auffassung vom Neubeginn bzw. der Revitalisierung der Wirtschaft einmal detaillierter geäußert werden sollte. Dem kommen wir gern wie folgt nach:

Die von uns geäußerte Auffassung widersprach der damals bestehenden Mehrheitsauffassung. U. a. der Gesundheitsminister des Landes NRW stellte sich bei Beginn der Pandemie gegen alle Einschränkung des gesellschaftlichen Lebens, wollte auch für Spielabsagen der Bundesliga keine Verantwortung übernehmen und war der Meinung,

dass sehr schnell die Menschen aus der Kurzarbeit kommend, wieder an ihre angestammten Arbeitsplätze gehen werden. Damals und auch noch heute wird die Situation nach unserer Auffassung unterschätzt. Ganz gleich, welche Strategie zur „Normalisierung“ des gesellschaftlichen Lebens ab dem 20.04.2020 eingeschlagen wird, ist ein einfaches „hochfahren“ der Wirtschaft nicht möglich.

Die in Folge der Pandemie offen ausgebrochene, weltweite Wirtschaftskrise wird zunächst dafür sorgen, dass die Überproduktion abgebaut, die Strukturen bereinigt und die Assets zurückgeführt werden. Das klingt theoretisch, hat aber

eine ganz praktische Bedeutung. So macht es z. B. erst Sinn Autos zu produzieren, wenn die Überproduktion schrittweise abgebaut werden kann und die Menschen wieder Autos kaufen können und wollen.



USA, 2020 – 4,2 Mil. Autos auf Halde

Natürlich führt die Krise auch zur Bereinigung wirtschaftlicher Strukturen. Das ist insbesondere für den Osten Deutschlands bitter. Es ist bereits jetzt klar, dass auch der deutsche Staat nicht in der Lage sein wird, die kleinen- und mittelständigen Unternehmen so zu bezuschussen, dass diese mehrheitlich überleben könnten. Dazu wären in 2020 allein über 1,6 Bil. Euro erforderlich. Ferner tritt hinzu, dass in den arbeitsteiligen Beziehungen mittelständigen Unternehmen oft an die Prosperität der Großunternehmen gebunden sind. Aber auch für diese ist eine Revitalisierung an Bedingungen geknüpft. Für Firmen wie ZF Friedrichshafen AG, globaler Technologieführer im Getriebebau ist es unverzichtbar, lieferfähig bis zum Ende zu sein, da sonst die Produktion der Autoindustrie stillsteht. Einzelteile und Baugruppen kommen von tausenden von Zulieferern z. B. aus China, Spanien und Italien, die gegenwärtig stillstehen oder bereits nicht mehr existieren. Die Lager vieler Zulieferer sind in Zeiten der Just-in-time-Produktion lehrgefegt.

Ein bekannter deutscher Maschinenbauer beantwortete die Frage des Neustarts kürzlich so: „Stellen Sie sich vor, dass der Jumbojet am Boden steht, nur noch zwei von drei Triebwerken funktionieren, die Crew schon nicht mehr vollständig

ist, kein Kerosin aufgetankt wurde und das exakte Ziel und die Flugroute unbekannt sind. Aber im Passagierraum wird hektisch gestikuliert, startet endlich und zieht die Maschine hoch. Einen Fehlstart würden alle nicht überleben.“

Bildlich gedacht kommt die Beschreibung der Wirklichkeit schon sehr nahe. Denn auch den großen Unternehmen fehlt Geld für einen Neustart, besonders das wichtige Personal lässt sich in Kurzarbeit nicht vollständig erhalten und die bestehenden Betriebsanlagen müssen erst ertüchtigt werden. Insbesondere ist der Absatz der Produkte in einer fragilen Welt z. Z. nicht sicher zu stellen. Ein zu früher Start hätte katastrophale Folgen. Die gesamte Welt bedürfte ohnehin eines modernisierten „Marshallplanes“.

Ohne eine funktionierende Finanzwirtschaft ist der Neustart der Wirtschaft nicht zu bewerkstelligen. Europaweit bestehen dazu große Sorgen. Dem EZB-Rat ist bewusst, dass die Notenbank kaum noch über Werkzeuge verfügt. Denn im Unterschied zur US-Notenbank und der Bank of England, die teilweise in außerordentlichen Sitzungen ihre Leitzinsen fast panikartig aus Angst vor den Folgen von Corona senkten, verfügt die EZB über keinen Spielraum mehr: Ihre Zinsen liegen seit Jahren bei null Prozent, weil die Rezession im Euro-Raum bekämpft und der Zerfall der EU, insbesondere wegen der südlichen Länder verhindert werden sollte. Diese Null-Zins-Politik hat aber zu unerwünschten Folgen geführt. Auch in Deutschland gehen die Banken von einem Anteil von 40 % der Unternehmenskunden aus, die keine Gewinne mehr erwirtschaften aber durch den fehlenden Zins mit Krediten seit Jahren wirtschaftlich überleben konnten. Einerseits stellt das die Wirtschaftsordnung grundsätzlich in Frage, da die Gewinner-

zielungsabsicht und das Gebot der Wirtschaftlichkeit außer Kraft gesetzt wurden. Andererseits müssten damit Kredite der Banken abgeschrieben werden, was kaum eine Bank in dieser Krise bei fehlenden Investitionen überstehen kann. Die Wirtschaftskrise würde dann noch durch eine Finanzkrise verstärkt.

Letztlich ist noch die Abwertung der Assets in der Krise zu bewerkstelligen. Durch die Wirtschaftskrise ist das Vertrauen in den in Geld ausgedrückten Wert aller materiellen und immateriellen Güter, die im Eigentum der Wirtschaftseinheiten stehen verloren gegangen, da beispiellose Verluste wie in den dreißiger Jahren zu erwarten sein werden. Beispielsweise verlor der DAX in den letzten Tagen ca. 40 %. Das hat Folgen auf die Finanzierung der an den Börsen gehandelten Unternehmen.

Damit schließt sich der wirtschaftliche Kreis zu den Möglichkeiten einer schnellen Revitalisierung der Wirtschaft.

Ferner tritt hinzu, dass auch mit Covid-19-Pandemie bedingten Verzögerungen des wirtschaftlichen Wiederbeginns zu rechnen sein wird. Wenn die Auflagen der Hygiene eingehalten werden müssen, um nicht eine zweite Welle der Pandemie zu riskieren, welche die Wirtschaft erneut zum stehen bringen kann, laufen die Bänder langsamer, um Abstände einhalten zu können, oder Wirtschaftszweige können erst später starten. Das „Smart Working“ wird anhalten, bis ein Impfstoff oder wirksame andere Mittel gefunden werden. An weltweiten Tourismus, Messen oder Großveranstaltungen ist gegenwärtig nicht einmal zu denken. Mit einem Anteil von 3,9 Prozent an der Bruttowertschöpfung liegt die Reisebranche noch vor dem Maschinenbau (3,5 Prozent) oder dem Einzelhandel (3,3 Prozent). Bleiben die internatio-

nalen Touristen aus, werden der Einzelhandel und die Gastronomie leiden, da auch die Bürger mit Kurzarbeitergelt den Konsum verringern.

Wir fahren gegen die Wand – erforschen z. Z. aber nur den Bremsweg

Beklagenswert ist, dass keine Strategie besteht. Weder in Europa, noch in Deutschland.

1. Da haben wir zunächst den schwedischen Sonderweg, der auf Selbstdisziplin seiner Bürger setzt, dafür auf Schließungen und Versammlungsverbote weitgehend verzichtet. Vieles scheint nicht zu funktionieren, vor allem die Sterberate ist erschreckend hoch.

2. Dann besteht der Weg der vorsichtigen Lockerungen der Beschränkungen. Versuch-und-Irrtum-Prinzip, ein Lernprinzip auf der Basis von Erfolg und Misserfolg nach anfangs spontaner Handlungsentscheidung, wobei die jeweils gemachte Erfahrung die weiteren Erwartungen und Versuche direkt beeinflusst. Die Strategie schließt nicht aus, dass Lockerungen rückgängig gemacht werden müssten. Diese Strategie erfordert für die Wirtschaft eine ständige Arbeit mit „angezogener Handbremse“ und kann die Wirtschaftsordnung in Frage stellen, da kein Wachstum und kaum Gewinne realisiert werden.

3. Warten auf den Impfstoff, oder die „Herdenimmunität“. Den Impfstoff haben wir in 1,5 bis 3 Jahren. Die Herdenimmunität wird man unter Einhaltung der Kapazitäten des Gesundheitssystems erst in vielen Jahren erreichen. Geht man von ca. 2.500 neuen Fällen aus, dann sind das eine Million im Jahr, mit einer Dunkelziffer von ca. zwei Millionen. Herdenimmunität ist bei

50 Millionen Infizierten erreicht. Also grob in 25 Jahren. Beides kann die Wirtschaftsordnung zerstören.

4. Längere und drastische Einschränkungen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, ohne zu frühe Lockerungen. „Austrocknung“ des Virus und halten der Reproduktionsrate, bei ca. 0,5% - kombiniert mit unterstützenden Maßnahmen moderner Verfolgung der Infektionswege, tragen von Atemschutzmasken u. v. m. Ein moderates Wirtschaftswachstum wäre dabei möglich.

Leider besteht weder in Deutschland noch weltweit eine klare Strategie, in welcher vorgenanntes auch gemischt zur Anwendung gelangen kann. Letztlich bedarf es aber einer weltweit abgestimmten Strategie und geschlossene Grenzen behindern zusätzlich die wirtschaftliche Entwicklung.

Social Distancing bis 2022 nötig - Wiederaufflammen des Virus bis 2024

Einmalige, sehr einschränkende Social-Distancing-Maßnahmen, wie sie in Deutschland ausgeführt werden, haben die Spitze der ersten Pandemiewelle voraussichtlich in den Herbst d. J. verschoben.

Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass wir mindestens bis zum Jahr 2022 wiederholt Phasen des Social-Distancing erleben müssen, um dem Virus Einhalt zu gebieten und Krankenhäuser vor dem Kollaps zu schützen. Mit einem Wiederaufflammen von Sars-CoV-2 sei laut den neuesten Studien (u. a. der Harvard-Universität) bis mindestens 2024 zu rechnen, selbst, wenn das Virus zunächst ausgelöscht erscheint, siehe Link: [Harvard](#) Normalerweise dauert die Entwicklung eines Impfstoffs viele Jahre. Allerdings besteht diese Immunität nicht gegen alle Erreger ein Leben

lang. Gerade bei SARS-CoV-2 gibt es Berichte, dass sich Menschen nach einer überstandenen COVID-19-Erkrankung erneut angesteckt haben. Sollte sich das bestätigen, wird die Entwicklung eines effektiven Impfstoffs sehr langwierig. Frühestens ist mit einem Impfstoff im Jahr 2021 oder 2022 zu rechnen.

Die Weltwirtschaftskrise nimmt schnell Fahrt auf

Kein Mensch vermag in die Zukunft zu schauen. Berechenbar ist aber: Wenn die Firmen für länger als einen Monat geschlossen bleiben, erreichen die Produktionsausfälle Dimensionen, die deutlich jenseits der Wachstumseinbrüche liegen, die aus früheren Rezessionen bekannt sind. Die neuerliche Studie des Ifo-Instituts kommt zu dem Ergebnis, dass ein zweimonatiger Shutdown die Jahreswachstumsrate des BIP zwischen 7,2 und 11,2 Prozentpunkte reduzieren würde. Ein dreimonatiger Shutdown würde zu einem Verlust von 10,0 bis 20,6 Prozentpunkte führen. Letzteres ist mit dem Ergebnis der Krise Ende der 1920er zu vergleichen. Dort wären wir auch dann, wenn durch zu schnelle Lockerungen alles wieder in einen Shutdown zurückgeführt werden müsste.

Die Exportdaten in Deutschland zeigen, dass in 2020 mit immensen Verlusten zu rechnen sein wird. Demnach ist etwa der Seeverkehr im Vergleich zum Durchschnitt von Mitte Januar bis Ende Februar um 48 Prozent eingebrochen, der Eisenbahnverkehr sogar um 67 Prozent.

Eines der Kardinalprobleme: Wir „fahren auf Sicht“, ohne zu wissen, was daraus entsteht. Das betrifft die Maßnahmen der „Lockerung“ aber vor allem die mittelfristigen Folgen. Die meisten Menschen haben Angst vor dem danach - und das ist

auch berechtigt. Keiner kann heute vorhersagen, welche Folgen bei stark begrenztem Wirtschaftsleben ohne Wachstumsraten und überwiegend fehlender Gewinnerwirtschaftung eintreten. In 2020 ist ein Wachstum nicht zu erwarten und bis 2022 ist das fraglich. Unsere Wirtschaftsordnung kann ohne wirtschaftliches Wachstum bis 2022 nicht überleben, denn die Investitionsketten reißen. D. h. Firmen investieren nicht mehr, wenn sie keine Gewinne erwirtschaften können. Das würde einen Zustand, ähnlich der Krise am Ende der 1920er hervorrufen. Daran können Bezuschussungen von Unternehmen, Kurzarbeit oder wie auch immer geartete Investitionsprogramme, nichts mehr ändern. Bestenfalls ist mit einer leichten Entspannung in 2021 zu rechnen, so der IWF. Ein solches Szenario hat aber auch schwerwiegende Folgen. Die allgemeine Kapitalakkumulation fände auf sehr geringem Niveau statt, was zu einer Tendenz der Konzentration und Zentralisation von Kapital führen wird. Wir hätten damit auch in Europa und Deutschland, vergleichend wie bereits jetzt in den USA kaum noch klein- und mittelständige Unternehmen. U. a. wäre eine Verelendung der Bevölkerung die Folge. Die Diskussion was wir „lockern“ oder was wir „hochfahren“ greift viel zu kurz. Auch eine Diskussion über das, was nach der Krise alles geändert werden müsste ist fehl am Platz, weil sich gerade in der Krise die schöpferischen Änderungen vollziehen, von welchen wir nach der Krise leben müssen. Den Ernst der Lage erfasst haben offensichtlich die Kanzlerin oder die Sächsischen und Bayerischen Ministerpräsidenten.

Wir können uns aber auch nicht in der Frage wegduckern, wie unsere Gesellschaft und Wirtschaftsordnung ohne oder nur geringes Wirt-

schaftswachstum und keinen oder geringen Gewinnen in den Unternehmen bei immer knapper werdenden Rohstoffen aussehen wird, ohne Gefahr zu laufen, dass die bestehende Wirtschaftsordnung chaotisch zusammenbricht. Es ist bekannt, dass sich die Psyche der Menschen gegen alles Schlimme zur Wehr setzt und oft konstatiert, dass es so schlimm nicht kommen wird. Illusionen sind in der heutigen Zeit aber gefährlich. Beantworten wir die Frage nach den Bedingungen zum Fortbestehen der Wirtschaftsordnung nicht, wird früher oder später der Ruf nach dem starken Mann erfolgen. Die Folgen solcher Entwicklungen sind gerade in Deutschland gut bekannt und wir sind gewarnt.

Wirkungen auf den öffentlichen Sektor

Ganz gleich welchen Verlauf die Weltwirtschaftskrise nimmt. Die Folgen für die öffentliche Hand werden ohne Beispiel sein.



Die öffentliche Verwaltung ist eine Welt der Routine. Eine Welt, in der definierte Aufgaben seriell abgearbeitet werden. Das macht diesen Bereich einerseits verlässlich und andererseits aber auch sehr träge. Die Hauptaufgabe der öffentlichen Hand ist es, Prozesse am Laufen zu halten und nicht Innovationen aufzuspüren und sich zu modernisieren.

Völlig anders ist das, wenn Krisen den öffentlichen Sektor erschüttern. Schmerz und hoher Druck haben in der Geschichte schon oft dazu ge-

führt, dass Prozesse überdacht wurden, dass man aus Mangel an Alternativen neue Wege gehen musste. Der öffentliche Sektor muss in der Krise handeln, denn jetzt entsteht neues, danach ist es zu spät.

Es droht ein dramatischer Steuereinbruch. Die Schätzungen des Bundes und der Länder mit je 34 Mrd. und der Kommunen mit 11 Mrd. werden nicht ausreichen, wenn mit mehreren Wellen der Pandemie bis 2021-2022 gerechnet werden muss. Selbst der geforderte Schutzschirm für die Kommunen wird die Neuverschuldung und eine noch nie da gewesene Kostensenkung erfordern.

Die Aufbauorganisation des Bundes und der Länder wird sich auf das unabweisbare Mindestmaß beschränken müssen. Insbesondere sind Einrichtungen des Bundes und der Länder in ihrer weiteren Existenz bedroht, die ihre Unentbehrlichkeit nicht nachweisen können. Es ist anzuraten, dort den Eigenanteil an Erträgen bzw. der Drittmittel (soweit wie überhaupt vorhanden) möglichst stabil hoch zu halten.

Angesichts der großen Herausforderungen wird es erneut zu einer Debatte zur Neugliederung des Bundesgebiets kommen, weil durch die Zusammenlegung von Ländern und Stadtstaaten erhebliche Kosten eingespart werden könnten. Ferner ist eine Diskussion zur Überwindung von Hemmnissen des Föderalismus und eine Neustrukturierung des Gesundheitswesens und dessen materieller Basis zu erwarten.

Auch eine grundsätzliche Gebietsreform muss in der allgemeinen Kostendebatte erwartet werden. Ziel einer solchen kommunalen Gebietsreform ist die Stärkung der planerischen, verwaltungstechnischen und politischen Leistungsfähigkeit. Letztlich wird die Einnahmesituation in den Kommunen einen langen Prozess der Konsolidierung

auslösen. Von der Organisationsstruktur über das tarifliche Entgelt, der Digitalisierung, bis hin zum Leistungsauftrag selbst, wird alles auf den Prüfstand gelangen. Das ist erforderlich, da die Bedingungen noch in der Krise, im Jahr 2021 das erfordern. Vorsichtige Berechnun-

gen gehen davon aus, dass im Herbst des Jahres 2021 mit 4 Mio. Kurzarbeitern und 6-8 Mio. Arbeitslosen zu rechnen sein wird. Insbesondere die Landkreise aber auch die Kommunen sind davon betroffen, welche bereits bei guter Konjunktur die Sozialkosten kaum lei-

sten konnten. Vielen kleinen und mittleren Kommunen werden die eigenen Steuereinnahmen der kleinen- und mittelständigen Unternehmen überwiegend ausfallen. Der Staat kann nur bedingt helfen, wenn nicht das Währungssystem selbst in Frage gestellt werden soll.

Zur Sache

Der Bedeutung und Tragweite der Situation sind sich die Verantwortungsträger beim Bund, den Ländern und in vielen Landkreisen und Kommunen sehr bewusst. Formulierungen wie: „Das ist die größte Herausforderung seit dem 2. Weltkrieg“ machen das sehr deutlich. Fernsender in Deutschland halten permanent neben Ihrem Logo

Lösungen wie: „Wir halten zusammen“ für die Bevölkerung vor. Natürlich muss damit gerechnet werden, dass sich bei einer möglichen Zuspitzung der Krise ganz erhebliche soziale Spannungen entladen können. Deshalb hat sich auch das Vokabular geändert. Aus: „Wir schaffen das“ wurde in den letzten Tagen: Wir können das nur zusam-

men schaffen“. Keiner kann zukünftig an Gewalt interessiert sein. Deshalb sollte ruhig und besonnen gehandelt werden. Schädlich sind gegenwärtig aber Meldungen zu schnellen Erfolgen, die sich nicht einstellen können. Auch vermeidliche Beruhigung, dass alles nur von kurzer Dauer und nicht so schlimm ist, vergiften die Atmosphäre.

Stand vom 17.04.2020